



NEWSLETTER MÄRZ 2024

Liebe Dortmunderinnen und Dortmunder,
liebe Genossinnen und Genossen,

in Krisenzeiten brauchen wir eine Politik der Hoffnung. Einen sozialen Staat, der die Ärmel hochkrempelt und soziale Gerechtigkeit schafft. Doch dort, wo Hendrik Wüst und sein Kabinett Hoffnung und Zuversicht stiften könnten, versagen sie total. Beispiel? Das Versagen beim Ganztags. Der Rechtsanspruch auf einen OGS-Platz ist die wichtigste bildungs- und familienpolitische Reform dieser Legislaturperiode. Und deswegen müsste das Thema eigentlich Chefsache sein. Ist es aber nicht. Und ein Gesetz liegt auch knapp drei Jahre nach dem Beschluss noch nicht vor, dabei sind es nur noch zwei weitere Jahre, bis der Rechtsanspruch wirksam wird.

Das zeigt mal wieder: Die Familien- und Bildungspolitik ist bei dieser Landesregierung in schlechten Händen. Kinder, Bildung und Familie haben bei Schwarz-Grün keine Priorität. Denn ohne Gesetz keine Standards und keine Verlässlichkeit für Mütter und Väter. Die Familienpolitik dieser Landesregierung kostet Familien bares Geld. Von den finanziell überlasteten Kommunen und den heute schon überarbeiteten Beschäftigten ganz zu schweigen. Deswegen brauchen wir jetzt ein Ausführungsgesetz!



Und dass es im gesamten Bildungssystem an allen Ecken und Enden kracht, machte zuletzt PISA deutlich. So verwundert es auch nicht, dass im Rahmen eines landesweiten Schulstreiks Schüler*innen in ganz Nordrhein-Westfalen auf der Straße für mehr Chancengleichheit protestierten und von der Landesregierung verlangten, endlich mit dem Kampf gegen die Bildungskatastrophe anzufangen. Um die Bildungskatastrophe zu bekämpfen, fordert die Landesschülervertretung Nordrhein-Westfalen von der schwarz-grünen Landesregierung Sofortmaßnahmen zur Renovierung und Modernisierung der Schulen, deutlich mehr Lehrkräfte und kleinere Klassen, ein Sondervermögen von zehn Milliarden Euro und eine Reduzierung von Stress und Leistungsdruck.

Zwar lobte Schulministerin Dorothee Feller das Engagement der Schüler*innen und zeigte Verständnis für ihre Unzufriedenheit - nachhaltige Lösungen für die bestehenden Herausforderungen wurden von der Landesregierung allerdings nicht vorgeschlagen oder umgesetzt.



Anja Butschkau MdL

Wahlkreis:
Dortmund-Hombruch, Hörde,
Lütgendortmund

Wahlkreisbüro Dortmund
Brüderweg 10-12
44135 Dortmund
www.anja-butschkau.de

Fon: 0231 – 58 56 18
Fax: 0231 – 58 56 28
anja@anja-butschkau.de

Dramatisch ist auch die Situation auf dem Wohnungsmarkt in Nordrhein-Westfalen. Eine bezahlbare Wohnung zu finden, wird immer mehr zur Herausforderung – erst recht in Ballungsräumen. Der soziale Wohnungsbau ist seit 2016 um 28 Prozent eingebrochen und es mangelt an ausreichendem Mieterschutz. Die Zuständigkeit für den Wohnungsbau liegt bei den Bundesländern. Und obwohl der Bund die Länder bis 2027 mit insgesamt rund 18 Milliarden Euro dabei unterstützt, neuen Wohnraum zu schaffen, tut sich in Nordrhein-Westfalen zu wenig. Wir brauchen für Nordrhein-Westfalen deshalb endlich eine Wohnungsbauoffensive!

Ich wünsche mir, dass die schwarz-grüne Landesregierung endlich aufwacht und das Chaos erkennt, dass sie mit ihrer Politik des Nichtstuns befördert.

Ihnen und Euch wünsche ich nun aber erst einmal ein frohes und besinnliches Osterfest und eine interessante Lektüre dieses Newsletters. Wir sehen uns am Karfreitag in der Bittermark!

Ihre/Eure

Anja Buschmann



BEZAHLBARES WOHNEN FÖRDERN

#BesserWohnen

SPD NRW
Die Fraktion



SPD NRW
Die Fraktion

Ausstellungseröffnung im Landtag

FERN MEHRING

Gärten

Grausam oder schön

Dienstag, 23. April 2024, 14.30 Uhr

Eine Anmeldung bis 18. April 2024
ist erforderlich unter:
<https://machen-wir.de/gaerten>.



Wir brauchen Fortschritt in der Wohnungsbaupolitik

Noch immer hat sich die Lage auf dem Wohnungsmarkt nicht verbessert. Die Mieten sind zu hoch und im Bereich des sozialen Wohnungsbaus mangelt es an neuen Wohneinheiten. Landesbauministerin Ina Scharrenbach spricht stolz über die 6.726 neuen Wohneinheiten mit Mietpreisbindung, die im vergangenen Jahr dazugekommen sind. Dabei reicht das noch lange nicht aus. Ganz im Gegenteil – im Vergleich zum Jahr 2016 ist das ein Rückgang von 28 Prozent!



SPD NRW
Die Fraktion

WIE WIR MIETERINNEN UND MIETER BESSER SCHÜTZEN WOLLEN:

- » Eine echte **Mieterschutzverordnung** für NRW
- » **Obergrenzen für die Erhöhung von Mieten** im Bestand und bei Wiedervermietung
- » **Mehr Schutz bei Eigenbedarfskündigungen** und Umwandlung von Wohnraum

#BesserWohnen

Das ist besonders problematisch, da die allermeisten Menschen in Nordrhein-Westfalen davon betroffen sind. Von 18,2 Millionen Menschen leben rund zehn Millionen in Mietwohnungen und der Bedarf an zusätzlichem Wohnraum ist enorm. Rein rechnerisch bräuchten wir mindestens 51.000 neue Wohneinheiten pro Jahr, um dem Bedarf gerecht zu werden. In ganz Nordrhein-Westfalen fehlen schon jetzt rund 430.000 Sozialwohnungen. Während die Landesregierung tatenlos zusieht, fordern wir deshalb eine Wohnungsbauoffensive. Die soziale Wohnraumförderung muss ausgebaut und attraktiver gestaltet werden. Außerdem setzen wir uns für eine neue Mieterschutzverordnung ein, um die vielen Mieter*innen in Nordrhein-Westfalen besser abzusichern.

SPD NRW
Die Fraktion

MEHR POWER FÜRS BAUEN.

**Mit landeseigenen
Wohnungen.**

#MehrBauPower

SPD NRW
Die Fraktion

UNSER AKTIONSPLAN FÜR MEHR BAU-POWER:

- » Sofortprogramm „Bauen jetzt“ für NRW
- » **Öffentliche Wohnraumförderung** neu ausrichten
- » Bessere **Unterstützung der Kommunen**

ERFAHRE MEHR AUF www.spd-fraktion.nrw/besserwohnen

#BesserWohnen

Vor allem auch für diejenigen, die es auf dem Wohnungsmarkt besonders schwer haben. Dazu gehören unter anderem die rund 588.000 alleinerziehenden Mütter und Väter, die ohnehin finanziell benachteiligt sind und das höchste Armutsrisiko haben. Dabei machen sie fast ein Viertel aller Familien mit Kindern aus. Und: Alleinerziehende Mütter sind noch stärker gefährdet als alleinerziehende Väter.

Das macht es nicht nur schwer, bei Mietsteigerungen mitzuhalten, sondern auch, überhaupt eine geeignete Wohnung zu finden. Ähnlich schwierig ist die Wohnungssuche für Senior*innen, die auf altersgerechte Angebote angewiesen sind. Um dem Bedarf gerecht zu werden, werden bis zum Jahr 2040 233.600 neue barrierefreie Wohneinheiten benötigt.



Diskriminierung bei der Wohnungssuche erleben gerade Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. So haben rund 35 Prozent bei einer Umfrage der Antidiskriminierungsstelle des Bundes angegeben, in den letzten zehn Jahren bei der Wohnungssuche aufgrund ihrer Herkunft diskriminiert worden zu sein. Noch erschreckender: Zwölf Prozent der Betroffenen gaben außerdem an, bei der Suche nach einer Wohnung rassistisch beschimpft worden zu sein. Das zeigt uns ganz deutlich, dass wir endlich handeln müssen. Ziel ist also, nicht nur den mietpreisgebundenen Wohnungsbau zu fördern, sondern auch Anlaufstellen der Antidiskriminierungsarbeit auszubauen. Das Land Nordrhein-Westfalen muss mehr tun, um Diskriminierung entgegenzuwirken und den Wohnungsmarkt für alle Menschen zugänglich zu machen. Damit sich die Wohnsituation nicht nur für wenige bessert, sondern für alle verbessert.

Antrag auf eine Aktuelle Stunde „Trendwende oder "Strohfeuer" – Wohin geht es mit der öffentlichen Wohnraumförderung in Nordrhein-Westfalen?": rb.gy/hel80c

Antrag „Die Mieterinnen und Mieter in Nordrhein-Westfalen brauchen endlich einen angemessenen Mieterschutz“: rb.gy/huimz7

Antrag „Diskriminierung von Alleinerziehenden und Menschen mit Zuwanderungsgeschichte auf dem Wohnungsmarkt entschieden bekämpfen“: rb.gy/n1m9wu

Egal ob im Netz oder im häuslichen Umfeld: Frauen müssen besser vor Gewalt geschützt werden!

Die Frauenkampfwoche rund um den Weltfrauentag stand bei der SPD-Landtagsfraktion in diesem Jahr unter dem Motto „Schutz für Frauen vor Gewalt“. In gleich zwei Anträgen thematisierten wir im Rahmen der Plenarwoche Ende Februar diesen Themenbereich. Zum einen ging es um die Bekämpfung häuslicher Gewalt, zum anderen um frauenfeindliche Entwicklungen in den sozialen Medien.

So stirbt jeden dritten Tag in Deutschland eine Frau in Folge von häuslicher Gewalt. Allein in Nordrhein-Westfalen gibt es jede Stunde drei neue Fälle häuslicher Gewalt. Häusliche Gewalt ist keine private Angelegenheit. Unsere Gesellschaft und damit auch Politik sind verpflichtet, Frauen und Mädchen, die Opfer von Gewalt werden, Hilfe und Schutz zu bieten.

Die Bedeutung von Frauenhäusern im Land Nordrhein-Westfalen steigt. Doch für betroffene Frauen ist ein gesicherter Ort in einem Schutzraum wie einem Frauenhaus nicht garantiert – die Plätze sind begrenzt, oft müssen Frauen in ihrer Notlage weit durch das Land reisen.

Das darf nicht sein! Für uns als SPD gilt weiter das Ziel: Jede hilfeschuchende Frau muss ein Recht auf einen Schutzplatz haben!

In Nordrhein-Westfalen erleben wir allerdings seit zwei Jahren einen Stillstand. Zwar wurden wichtige Maßnahmen umgesetzt, z.B. die Förderung einer Fachkraft in jedem Frauenhaus, die sich um die Kinder kümmert, mit denen die Bewohnerinnen dort leben, oder die Aufnahme von fünf bestehenden Frauenhäusern in das Förderprogramm des Landes Nordrhein-Westfalen. Doch die weitaus dringendere Maßnahme blieb aus: In den letzten zwei Jahren entstand nicht ein einziger neuer Frauenhausplatz.

Hinzu kommt die prekäre Finanzierung der Frauenhäuser. Die meist kleinen, autonomen Träger müssen um jeden Cent an Spenden und kommunalen Zuschüssen kämpfen. Hier brauchen wir eine einheitliche und auskömmliche Förderung. All das haben wir mit unserem Antrag im Landtag eingefordert. Aber auch eine bessere Sensibilisierung und eine bessere, verbindliche Fortbildung bei Polizei und Justiz.

Eine andere große Gefahr für unsere Gesellschaft entwickelt sich derzeit gerade in den sozialen Medien. Begriffe wie Incels, Alpha-Males und Pick-Up Artists sagen nur wenigen etwas. Dahinter verbergen sich Männer mit einer frauenverachtenden und frauenfeindlichen Einstellung, die in



den sozialen Medien einen fruchtbaren Nährboden für Sexismus und Frauenhass vorfinden und dort propagieren.

Im Internet hat sich eine maskulinistische Szene gebildet, die in digitalen Foren, über Messenger-Dienste und auf Plattformen wie Youtube, Instagram und TikTok ein frauenfeindliches Weltbild kultiviert. Dieses Weltbild ist nicht nur durchzogen von einem irrealen Verständnis von Männlichkeit, sondern beruht auf Sexismus und Frauenhass. Hier versammeln sich Akteure verschiedener Strömungen in einem losen plattformübergreifenden Netzwerk, das sich durch Inhalte zu den Themen Männerrechte, sexuelle Strategien und Frauenfeindlichkeit auszeichnet. Teilweise besteht eine ideologische Nähe zu rechtsextremen, antisemitischen und verschwörungstheoretischen Milieus mit latenter Gewaltbereitschaft, die alle an eine grundsätzliche Überlegenheit von Männern gegenüber Frauen glauben. Sie alle teilen die Ansicht, dass wir in einer ‚Femokratie‘ leben, in der heterosexuelle Männer von Frauen und deren Sexualität unterdrückt werden. Insbesondere der Gruppe der sogenannten „Incels“, die unfreiwillig keine sexuellen Beziehungen pflegen, geht es um eine notfalls gewaltvolle Neustrukturierung der Gesellschaft, ausgerichtet an vermeintlich männlichen Bedürfnissen.



Die Frauenhass-Szene scheint unter Jugendlichen zunehmend Anklang zu finden. Eine Umfrage der Organisation Hope not Hate zeigt, dass 50% der befragten jungen Männer in Großbritannien ein positives Bild von einzelnen Protagonisten dieser Szene haben. Durch den hohen Stellenwert des Internets und der Sozialen Medien erfahren junge Menschen bereits früh verschiedene Formen digitaler Gewalt – nicht nur durch frauenhassende Influencer, sondern auch durch andere Formen der Diskriminierung wie Bodyshaming, Stalking und intersektionale Diskriminierung. Mit unserem Antrag wollen wir für dieses Thema stärker sensibilisieren, gerade in den Schulen. Beratungsstellen, Polizei und Justiz wollen wir im Umgang mit diesem Phänomen besser vorbereiten und Opfern digitalisierter Gewalt Anlaufstellen bieten.

Antrag „Häuslicher Gewalt wirkungsvoll begegnen – Schutzmaßnahmen für Betroffene ausbauen und verbessern“: rb.gy/x5kpfr

Antrag „‘Incels, Alpha-Males & Pick-Up Artists’ – Frauen- und demokratiefeindliche Trends ernstnehmen, Frauen- und Mädchenhass im Netz bekämpfen.“: rb.gy/2ndxg0

Kleingärten – ökologisch, sozial und wirtschaftlich wertvoll

Kleingärten sind nicht kleine Paradiese in der Stadt. Sie haben einen großen Nutzen für unsere Gesellschaft: Selbstversorgung mit Lebensmitteln, Freizeit und Erholung, ökologische Bildung, Förderung der Gemeinschaft, Hitze- und Hochwasserschutz oder etwa die Förderung der Biodiversität. Sie sind einfach ein wichtiger Teil des öffentlichen Grüns und verbessern die Lebensqualität in unseren Städten. Man muss nicht wie ich in eine Arbeiterfamilie hineingeboren worden zu sein, um das zu erkennen.

Die Selbstversorgung mit Obst und Gemüse entlastet in wirtschaftlich schwierigen Zeiten gerade Menschen mit einem kleinen Einkommen. Für viele Städterinnen und Städter sind sie ein wichtiger Ort für Freizeit und Erholung. Gerade für die, die sich kein Eigenheim mit Garten im Grünen leisten können. Auch als Bildungsort sind Kleingärten wichtig – erfahren Kinder hier doch, dass das Gemüse nicht im Supermarktregal wächst. Sie erleben im Garten die Zusammenhänge ökologischer Prozesse hautnah.

Wir hatten uns vor etwa einem Jahr auf den Weg gemacht, einen Antrag zu entwickeln, mit dem wir das Kleingartenwesen stärken und fit für die Zukunft machen wollten. Denn eins ist klar: Der Kleingarten ist kein Modell von gestern. Junge Familien haben ein großes Interesse daran, dass ihre Kinder wieder näher zur Natur aufwachsen. Der Bedarf an neuen Gärten ist also da und die Notwendigkeit, bestehende Anlagen zu schützen und zu erhalten, ist genauso gegeben.

In den letzten Monaten stand ich mit unzähligen Kleingärtner*innen im Austausch. Ihre Ideen und Bedürfnisse flossen mit in diesen Antrag. Sie alle eint ihr besonderes Engagement für ihren Verein. In jeder Kleingartenanlage, die ich besucht habe, habe ich den Zusammenhalt im Verein gespürt. Wir erleben hier ein soziales Miteinander – eine gemeinschaftliche Solidarität, die in anderen Teilen unserer Gesellschaft viel zu kurz kommt. Insofern bin ich der Meinung, dass kein Euro, den wir in das Kleingartenwesen investieren, ein verschwendeter Euro ist.

In unserem Antrag forderten wir deshalb, bestehende Kleingartenanlagen besser rechtlich abzusichern und den Bau von 5.000 neuen Kleingärten in Nordrhein-Westfalen zu fördern. Mit einem Hilfsfonds wollten wir Menschen mit niedrigen Einkommen unterstützen, die Übernahmekosten für eine Laube oder die Sanierung bzw. den Neubau einer Laube zu finanzieren. Wir wollten zudem im Rahmen einer Studie die Wertschöpfung von Kleingärten für unsere Gesellschaft sichtbar machen, z.B. bei der Versorgung mit Lebensmitteln oder als grüne Infrastruktur für die Menschen im Stadtteil.

In den letzten Monaten habe ich immer wieder den Willen der Kleingärtner*innen erkannt, auch außerhalb ihres Vereinswirkens einen wichtigen Beitrag für unsere Gesellschaft zu leisten. Die



Vereine wollen sich für Nachhaltigkeit und Umweltschutz einsetzen. Sie wollen sich dem Stadtteil, in dem sie verankert sind, öffnen, und neuen Zielgruppen ermöglichen, an ihrer grünen Oase zu partizipieren. Ich denke, als Land Nordrhein-Westfalen sollten wir diese Ziele unterstützen. Nach einer sehr informativen Anhörung, in der unsere Forderungen viel Zuspruch fanden, wurde der Antrag im Plenum des Landtags nun ein letztes Mal debattiert. Leider konnten sich die regierungstragenden Fraktionen von CDU und Bündnis90/DieGrünen nicht erweichen, für unseren Antrag zu stimmen. Das ist schade, aber dennoch sehe ich unseren Einsatz für das Kleingartenwesen als Erfolg. Sein Nutzen wurde sehr vielen Menschen nochmal deutlich vor Augen geführt.

Antrag „Lange Tradition, moderne Idee – 100 Jahre Kleingartenverbände in NRW“: rb.gy/9d264g
Video meiner Plenarrede: youtu.be/vevllN-z384

Pflege in Not

2.145 vollstationäre Pflegeplätze – das ist leider keine Positivmeldung, sondern eine Schreckensbilanz: So viele Pflegeplätze sind laut des Bundesverbands privater Anbieter sozialer Dienste in Nordrhein-Westfalen im Zeitraum Juli 2022 bis September 2023 weggefallen. Insolvenzen in der Altenpflege steigen, die Schließung von Einrichtungen steht auf der Tagesordnung. Angesichts des zunehmenden Pflegebedarfs muss diese Negativbilanz ein Weckruf sein! Mit einem Antrag haben wir schon vor Monaten aufgezeigt, wie wir in Nordrhein-Westfalen diesem Trend begegnen können: Die Pflege braucht ein Rettungsprogramm. Dass das Land endlich handeln muss, wurde nun auch wieder im Rahmen einer Aktuellen Stunde während der letzten Plenarwoche im März deutlich.

Antrag auf eine Aktuelle Stunde „Soziale Not treibt Menschen in die Pflege: Wie will die Landesregierung jetzt handeln?“: rb.gy/i43qpd

Antrag „Rettungsprogramm Pflege: Was NRW jetzt tun muss!“: rb.gy/ivak2j

Politische Kapitulation vor dem OGS-Rechtsanspruch

Ab 2026 gilt der Rechtsanspruch auf einen Platz im offenen Ganztags an unseren Grundschulen (OGS). Aber leider ist es um die Umsetzung dieses Rechtsanspruchs nicht gut bestellt.



Wir fordern deshalb seit langem eine landesgesetzliche Grundlage, um hier endlich vor den Ball zu kommen. Und auch NRW-Schulministerin Dorothee Feller versprach noch im September, zügig einen Gesetzentwurf vorzulegen.

Doch am 7. März sind wir aus allen Wolken gefallen: Wir erfuhren, dass die Landesregierung am 5. März die „Fachlichen Grundlagen für die Umsetzung des Rechtsanspruches auf Ganztagsförderung für Kinder im Grundschulalter“ beschlossen hatte.

Statt eines Gesetzes soll nun also ein dünnes 3-seitiges Positionspapier - eine Art Willensbekundung ohne rechtliche Bindung – den Rechtsanspruch sicherstellen. Welch unfassbarer Widerspruch. Diese Grundlagen werden den Herausforderungen nicht

gerecht: Wie soll der Ausbau der OGS finanziert werden? Wie soll so für die Kommunen Planungssicherheit und Verlässlichkeit entstehen?

Nein, ich kann es nicht anders sagen: Diese Ankündigung ist eine politische Kapitulation ersten Grades.

Wir hatten deshalb für den 15. März eine Sondersitzung des Schulausschusses beantragt und Ministerin Feller befragt. Doch Antworten blieb sie uns schuldig. Unbeantwortet blieb vor allem die Frage, ob die Landesregierung noch ein OGS-Gesetz vorlegen wird.

Das ist eine bittere Nachricht für alle Schulen, Lehrkräfte, Eltern und für die Schüler*innen. Und es passt ins Bild einer Landesregierung, die hausgemachte Probleme einfach nicht angeht – vom Lehrkräftemangel bis zur Instandsetzung unserer Schulen. Auch diese Landesregierung bedeutet für unsere Schulen wieder eine Nullrunde. Enttäuschend!

Abschaffung der Straßenausbaubeiträge – Elfmeter vergeben

Die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge war überfällig: Über fünf Jahre haben wir mit Kommunalministerin Ina Scharrenbach darum gerungen, dass die leidigen Beiträge endlich gesetzlich abgeschafft werden. Fünf lange Jahre haben sich die Ministerin und die CDU-Fraktion mit Händen und Füßen gewehrt, bis es einfach nicht mehr haltbar war.

Jetzt wurden die Straßenausbaubeiträge endlich per Gesetz vom Landtag abgeschafft. Gut so! Doch selbst jetzt gelingt es der CDU-Ministerin, mit dem Gesetz neue Ungerechtigkeiten zu schaffen. Denn alle, deren Straßensanierung vor dem 1. Januar 2018 beschlossen wurde, müssen weiterhin Straßenausbaugebühren zahlen. Das bedeutet für viele Menschen weiterhin eine schwere, schlimmstenfalls existenzbedrohende Belastung. Das ist völlig unnötig.

Mit der FDP hatten wir deshalb einen Änderungsantrag eingebracht, mit dem wir zumindest einen Härtefallfonds schaffen wollten. CDU und Grüne ließen sich aber nicht erweichen, und zogen die ungerechte Stichtagsregelung durch.

Es bleibt unverständlich, warum man sich einer fairen Lösung weiter so verweigert.

Änderungsantrag zum Gesetz zur Abschaffung der Beiträge für den Ausbau kommunaler Straßen im Land NRW: rb.gy/gk2wbn

Gesundes Kima? Nicht mit der Landesregierung

Der Klimawandel ist in vollem Gange. Auch in unseren Breitengraden: Heiße, trockene Sommer mit Rekordtemperaturen. Wir erlebten in diesem Jahr einen der wärmsten Winter seit Beginn der Aufzeichnungen. Der Februar 2024 war sogar der wärmste je gemessene!

Klimaschutz, das klingt immer so großzügig. Als würden wir dem Klima etwas Gutes tun. Das ist natürlich Quatsch. Denn wir schützen ja nicht das Klima, sondern uns selbst. Weil wir in einer heißer werdenden Welt, nicht gut leben können: Dürren und Hochwasser, Hitzetote und verhaagelte Ernten: Eine ungebremsste Erderwärmung wird uns teuer zu stehen kommen. Entschlossenes Handeln ist deshalb jetzt nötig.

Doch die schwarz-grüne Landesregierung sieht sich auch hier – wie so oft – einfach nicht in der Verantwortung. Das wurde jetzt noch einmal deutlich, in der Beantwortung unserer Großen Anfrage zur Klimagesundheit. Wir wollten nämlich wissen, was in Nordrhein-Westfalen bereits geschieht, um die gesundheitlichen Auswirkungen des Klimawandels zu begrenzen und welche Pläne die Landesregierung hierzu für die Zukunft hat.

Die Antwort ist ernüchternd: Die Verantwortung für die Klimafolgenanpassung sieht sie beim Bund und den Kommunen. Eine eigene Rolle sieht sie nicht. Das sei finanziell gar nicht zu stemmen für ein Bundesland. Hört, hört, liebe Kommunen, ihr schafft das schon aus eigener Kraft! Eine sehr erstaunliche Aussage für eine Landesregierung unter grüner Beteiligung. Und dass die Grünen sich in der Debatte dabei auch nicht recht wohlfühlten, war deutlich zu spüren. Am Ende blieb ihnen nur der verlegene Hinweis auf die angespannte Haushaltslage. So endet der Tiger als Hauskätzchen.

Antwort auf unsere Große Anfrage „Klimagesundheit in NRW: Wie gut sind wir für die kommenden Jahrzehnte vorbereitet?“: rb.gy/ytliqg

CDU und FDP legen die Axt ans Streikrecht an

Der Streik im öffentlichen Nah- und Fernverkehr strapaziert die Nerven vieler Menschen. Das kann ich gut nachvollziehen. Aber: Das Streikrecht ist ein Kernelement unserer Demokratie und Arbeitnehmer*innen haben jedes Recht, dieses Mittel zur Durchsetzung ihrer Forderungen zu nutzen. Die Wirtschaftsunion der CDU Nordrhein-Westfalen unter Leitung der Landtagsabgeordneten Angela Erwin möchte nun das Streikrecht einschränken. Auch die FDP forderte in einem Antrag, die Rechte von Mitarbeiter*innen in der kritischen Infrastruktur – gerade im öffentlichen Nahverkehr – zurückzufahren.

Für mich sind solche Forderungen schlicht und ergreifend eine gezielte Attacke auf die Tarifautonomie und ein weiterer Versuch, die Gewerkschaften zu schwächen. Dieser Vorstoß reiht sich ein in eine lange Geschichte in der CDU. Es war insbesondere die Regierung Kohl, die durch die Befürwortung der Gründung von Einzelvertretungen die Konkurrenz zwischen den Gewerkschaften erst befeuert hatte. Mit dem Ergebnis, dass es bis heute vielfach nicht mehr nur um Tarifabschlüsse, sondern vor allem auch um Tarifhoheit geht. Auch die Zurückdrängung des Beamtentums aus staatlichen bzw. kritischen Infrastrukturen hat am Ende zu der Situation geführt, in der wir uns heute befinden.

Sich dann auch noch hinzustellen, und den Arbeitnehmer*innen ihr Streikrecht streitig machen zu wollen, schlägt dem Fass wirklich den Boden aus. Auf diese Art und Weise destabilisiert die CDU unseren sozialen Rechtsstaat. Bei allem Verständnis für die zunehmende Unzufriedenheit in der Öffentlichkeit: Wer die Axt an das Streikrecht legt, legt die Axt an ein Kernelement unserer Demokratie. Hendrik Wüst muss diesen Planspielen in seiner Partei als CDU-Landesvorsitzender und als Ministerpräsident umgehend einen Riegel vorschieben.

Eine Brandmauer vor dem Landtag

Der 20. März ist der Tag gegen Rassismus. Selten hatte dieser Aktionstag eine solch große Bedeutung wie in diesem Jahr, in dem sich Rechtsextremisten mit Vertreter*innen der AfD über die Deportation von Millionen Menschen mit ausländischen Wurzeln austauschten.

Die AWO Westliches Westfalen nutzte diesen Tag deshalb, um in allen ihren Einrichtungen ein Zeichen gegen Rassismus und Ausgrenzung zu setzen. Vor dem Landtag bildeten wir mit den AWO-Mitglieder aus der SPD-Landtagsfraktion, Bewohner*innen und Kolleg*innen aus der Pflege des Fritz-Krüger-Seniorenzentrums der AWO in Münster eine Brandmauer gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit.

Die AWO Westliches Westfalen steht hinter ihren rund 20.000 Mitarbeiter*innen, die aus 80 verschiedenen Nationen stammen. Sie zeigt: Hier ist kein Platz für Rassismus und systematische Benachteiligung. Neben Brandmauern vor dem Landtag und dem Bundestag, führte die AWO am 20. und 21. März Aktionen in allen ihrer 60 Seniorenzentren in Westfalen durch.



Fotos: Georg Oligmüller/AWO Bezirk Westliches Westfalen

Ich finde es toll, dass auch die AWO damit ein deutliches Zeichen gegen Rechtsextremismus setzt. Noch immer bewegt uns die Berichterstattung des Recherchenetzwerks Correctivs, die unbegreifliche Geheimpläne der AfD und ihrer Sympathisanten entlarvt hat. Es ist wichtig, in solchen Zeiten zusammenzuhalten und gemeinsam gegen rassistisches und hassschürendes Gedankengut vorzugehen. Ich freue mich, dass meine Fraktion diese Aktion tatkräftig unterstützt hat.

Video der Brandmauer vor dem Landtag: <https://rb.gy/jzae07>

25 Jahre Berufskolleg in NRW sind eine einzigartige sozialdemokratische Erfolgsgeschichte mit inzwischen rund 360 Berufskollegs und aktuell etwa 500.000 Schülerinnen und Schülern. Wir möchten wissen: Was sind heutzutage die größten Herausforderungen des Berufskollegs? Wo wünschen sich die jeweiligen Akteurinnen und Akteure Unterstützung?



Wir wollen den Dialog fördern und gemeinsam mit Dir diskutieren, wie sich Berufskollegs auf zukünftige Bedürfnisse und Veränderungen ausrichten können.

Wann: Donnerstag, 23. März 2024, um 18 Uhr

Wo: Plenarsaal im Landtag Nordrhein-Westfalen

Anmeldung: machen-wir.de/berufskolleg

Lütgendortmund begeistert Jochen Ott – Jochen Ott begeistert Lütgendortmund

Zusammenhalt wird in Lütgendortmund seit jeher großgeschrieben. Davon wollte sich auch unser SPD-Fraktionsvorsitzender im Landtag Jochen Ott überzeugen. Deshalb lud ich ihn zu mir in den Wahlkreis ein und besuchte mit ihm zwei Projekte, die mir besonders am Herzen liegen und beispielhaft für den sozialen Zusammenhalt in Lütgendortmund stehen. Am Abend luden wir dann zu einem Kneipentalk in die zum Bersten gefüllte Alte Post ein.

Zunächst besuchten wir die Baustelle der Gemeinnützigen Baugenossenschaft Lütgendortmund an der Provinzialstraße. Dort entstehen 36 neue, öffentlich geförderte und barrierefreie Wohnungen. Damit soll denjenigen unter die Arme gegriffen werden, die unter den derzeitigen Bedingungen auf dem Wohnungsmarkt kaum noch eine Chance haben, eine bezahlbare Unterkunft zu finden. Die neuen Wohnungen werden voraussichtlich ab dem Herbst dieses Jahres bezugsfertig sein. Projekte wie diese sind wichtig für den Stadtbezirk und ganz Dortmund. Und in Lütgendortmund haben wir das außerordentliche Glück, dass es eine engagierte Wohnungsbaugenossenschaft gibt, die auch in schwierigen Zeiten Geld in die Hand nimmt, um ein solches Projekt zu realisieren. Für mich ein deutliches Zeichen für Zusammenhalt.

Im Anschluss ging es weiter zum Kulturhaus mitten im „Dorf“. Gerade Lütgendortmund ist durch sein reges Vereinsleben geprägt. Nichts stärkt die Heimatverbundenheit so sehr, wie eine engagierte Gemeinschaft mit gleichem Interesse. Im Kulturhaus, einer ehemaligen Schule, finden gleich sechs verschiedene Vereine zusammen und teilen sich die Räumlichkeiten im Vereinshaus. Zur Ankunft wurden Jochen Ott und ich in der „Kajüte“ zum Kaffee empfangen, wo uns der Shanty-Chor Dortmund, der heute aus sechzig aktiven Sängern und sieben Begleitmusikern besteht, willkommen hieß.

Danach bekamen wir einen Einblick in die Vereinsräume des MGV Concordia Lütgendortmund. Dem Männergesangsverein, der bereits seit über 100 Jahren besteht, liegt vor allem der Erhalt des Volksliedes am Herzen. Allerdings werden hier nicht nur deutschsprachige Lieder gesungen, sondern auch solche in anderen europäischen Sprachen.

Außerdem hat der Karnevalsverein K.G. „Kiek es drin“ 1888 e.V. Lütgendortmund im Kulturhaus sein Zuhause. Das begeisterte vor allem den kölschen Jung Jochen Ott, den vor allem die vorbildliche Jugendarbeit des Vereins überzeugte. In der gleichen Etage trifft sich auch der ARGE Modelleisenbahn e.V. regelmäßig. Beeindruckend war hier, wie viel Kreativität und Geduld bei diesem Hobby gefragt sind. Ziel des Vereins: Die Leidenschaft Modelleisenbahn weiterzuvermitteln. Auch das Akkordeonorchester Lütgendortmund findet hier seinen Platz und trifft sich regelmäßig abends im Zwei-Wochen-Takt.

Im Dachgeschoss des Kulturhauses zeigte uns die IGA Lüdo ihre Vereinsräumlichkeiten. Hier werden Interessierte zu Funkamateuren ausgebildet. Auch außerhalb dessen stellen die Vereinsräume einen Treffpunkt zum gemeinsamen Austausch und zum Ausüben der Funkleidenschaft dar. Der Besuch im Kulturhaus hat noch einmal bestärkt, wie wichtig und prägend das gemeinsame Engagement innerhalb eines Stadtteils sein kann.

Vom Kulturhaus ging es dann in die Gaststätte „Zur Alten Post“. In einem Kneipentalk mit rund 80 Gästen im Publikum thematisierten wir den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Der gemeinsame Austausch ist essenziell für unsere Politik. Und es gab in den letzten Wochen viel, über das es sich zu sprechen lohnte: Die soziale Ungleichheit in Nordrhein-Westfalen wächst. Am stärksten betroffen davon sind Familien und Menschen mit geringem Einkommen. Die müssen sich auf einen sozialen Staat verlassen können, der sie finanziell unterstützt. Doch das ist nicht der Fall. Darüber und über noch viele weitere soziale Problemstellungen diskutierten wir in der Veranstaltung mit unserem Fraktionsvorsitzenden Jochen Ott. Dabei durfte auch

das ein oder andere Bier nicht fehlen. Nach einer kurzen Ansprache startete die Fragerunde rund um das Thema sozialer Zusammenhalt. Was die Menschen vor Ort besonders interessierte: Wohnen, Bildung, Migration. Themen, die uns im Alltag immer wieder begegnen, auch dann, wenn wir uns nicht näher mit politischen Inhalten auseinandersetzen.

Am Ende des Abends zeigte sich Jochen Ott von Lütgendortmund begeistert und konnte im Gegenzug viele in der Alten Post genauso von sich begeistern.



Starker Rückhalt durch Dortmunder SPD-Parteitag

Nach über vier Jahren traf sich die SPD Dortmund endlich wieder zu einem „normalen“ Unterbezirksparteitag. Vorbei ist die Corona-Zeit, in der Parteitage nur im Autokino, im Internet oder in deutlich reduzierter Delegiertenzahl möglich waren. Auch wenn gerade der Parteitag im Auto-



kino unter dem Hochofen auf Phoenix-West ein unvergessliches Ereignis war, in dem unsere Partei in Dortmund gezeigt hat, wie man kreativ mit der Pandemie umgeht, ist und bleibt doch ein echter Parteitag, bei dem man den Menschen in die Augen blicken und mit ihnen diskutieren kann, etwas Besonderes. Es ist nun einmal ein Festtag der Demokratie, den ich nicht noch einmal missen möchte.

Ich freue mich, dass mir die Delegierten bei der Wahl zur stellvertretenden Vorsitzenden auf diesem Parteitag mit einem tollen Ergebnis von 92 Prozent einen tollen Rückhalt gegeben haben. Das werde ich mit meinem Engagement für unsere SPD Dortmund zurückzahlen. Versprochen!

Besuchergruppen im Landtag

Diesen Monat besuchten rund 40 Schüler*innen des CJD-Förderberufskollegs in Kley den Landtag, wo ich mich bei einem gemeinsamen Gespräch mit ihnen austauschen durfte. Dabei kamen interessante und anregende Themen auf: Wie geht man im Landtag mit der AfD um? Wie stehen die Fraktionen zu einem AfD-Verbot? Nicht nur das bewegte die Schüler*innen, auch Umwelt- und Klimaschutzthemen kamen immer wieder auf. Vor allem Fragen zur E-Mobilität schienen unsere Besucher*innen zu beschäftigen.

Wenige Tage später begrüßte ich in Vertretung meines Dortmunder Abgeordnetenkollegen Volkan Baran eine Gruppe von Auszubildenden aus dem Sicherheitsgewerbe im Landtag. Auch mit ihnen diskutierte ich im Anschluss an den Besuch der Plenarsitzung. Sie bemängelten die Inhalte ihrer Ausbildung, wie zum Beispiel zu wenig Selbstverteidigungsunterricht.

Schließlich traf ich mit meiner Dortmunder Abgeordnetenkollegin Nadja Lüders auf den Arbeitskreis „Christen gegen Rechts“ der Evangelischen Kirche Dortmund. Dieser stattete dem Landtag in der letzten Plenarwoche einen Besuch ab. Gemeinsam diskutierten wir insbesondere über die AfD im Landtag und den Umgang unserer Landtagsfraktion mit Rechtsextremismus.





Butschkau unterwegs

Hier seht Ihr wieder – kurz notiert – was sonst noch so war.



Eröffnung der FES-Ausstellung „Willy Brandt – Freiheitskämpfer, Friedenskanzler, Brückenbauer“ im Landtag.



Aktionstag zum Valentinstag in Lütgendortmund und Oespel.



Nachbesprechung mit den Genoss*innen in Lütgendortmund



Hannah Schops absolvierte im Februar und März ein Praktikum in meinem Abgeordnetenbüro.



Die (AWO-)Brandmauer vor dem Landtag steht!



Zu Gast beim
AWO UB
Münsterland/
Recklinghausen



Musikalisches Geden-
ken an den verstorbe-
nen Friedhelm Lorenz.



Mit der Katholischen Arbeiter-
bewegung (KAB) solidarisch für die Rechte
von Arbeitnehmer*innen kämpfen!



Videodreh
für den
Weltfrauentag



Weltfrauentag im Landtag. Auf dem Podium
die Dortmunder Tischlerin Ronja Bley.



Zeit für Kaffee
muss sein!



Die SPD-Fraktion war Gastgeberin der Konferenz der fa-
milien- und gleichstellungspolitischen Sprecher*innen.



Jubilarehrung im AWO-Orts-
verein Eichlinghofen



50 Jahre Stiftung
Wohlfahrtspflege



Frohe Ostern!

Anja Butschkau

SPD NRW
Die Fraktion



Vor der
Sitzung des
Frauen-
ausschusses



Ausstellungs-
planung mit
Fern Mehring